

Information zum Datenschutz gem. Art. 13 DS-GVO

1. Bezeichnung des Verarbeitungsvorgangs

Einbürgerungsverfahren

2. Kontaktdaten des Verantwortlichen

Kreisverwaltung Neuwied

Staatsangehörigkeitsbehörde

Wilhelm-Leuschner-Straße 9

56564 Neuwied

Tel.: +49 (0) 2631-803 - 0

Telefax: +49 (0) 2631-803 93 279 und 354

E-Mail: poststelle@kreis-neuwied.de

Website: <https://www.kreis-neuwied.de>

3. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

Kreisverwaltung Neuwied

Datenschutzbeauftragter

Augustastrasse 7-8

56564 Neuwied

Telefon: +49 (0) 2631-803 625

E-Mail: datenschutz@kreis-neuwied.de

4. Zwecke der Datenverarbeitung

Die Daten werden im Rahmen des Einbürgerungsverfahrens , anderen Staatsangehörigkeitsverfahren und Optionsverfahren verarbeitet

5. Rechtsgrundlage(n) der Datenverarbeitung

Art 6 I c DGSVO, § 31 StAG, BZRG, AufenthV

6. Betroffene Person(en)

Antragsteller/in

7. Kategorien der personenbezogenen Daten

Personenstammdaten (wie z.B. Familiennamen, Vorname, Geburtsdatum, Geburtsort, Anschrift, Abstammung)

8. Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten

Bundesverwaltungsamt, Meldebehörden, Standesämter, Sicherheitsbehörden (Ausländerbehörden, Polizei, Verfassungsschutz), Sozialleistungsträger, Staatsanwaltschaft und Gerichte

9. Übermittlung an ein Drittland

Grundsätzlich nicht

10. Dauer der Speicherung

30 Jahre nach Feststellung, Erwerb oder Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit

11. Betroffenenrechte

Jede von einer Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der Datenschutz-Grundverordnung insbesondere folgende Rechte:

- Recht auf Auskunft über die zu ihrer Person gespeicherten personenbezogenen Daten und deren Verarbeitung (Art. 15 DS-GVO)
- Recht auf Berichtigung, soweit sie betreffende Daten unrichtig oder unvollständig sind (Art. 16 DS-GVO)
- Recht auf Löschung der zu ihrer Person gespeicherten Daten, soweit eine der Voraussetzungen nach Art. 17 DS-GVO zutrifft. Art. 17 Abs. 3 DS-GVO enthält Ausnahmen vom Recht auf Löschung zur Ausübung der Meinungs- und Informationsfreiheit, zur Erfüllung rechtlicher Speicherpflichten, aus Gründen des öffentlichen Interesses im Bereich der öffentlichen Gesundheit, für öffentliche Archivzwecke, wissenschaftliche, historischen und statistische Zwecke sowie zur Durchsetzung von Rechtsansprüchen.
- Recht auf Einschränkung der Verarbeitung nach Art. 18 DS-GVO, insbesondere
 - soweit die Richtigkeit der Daten bestritten wird, für die Dauer der Überprüfung der Richtigkeit;
 - wenn die Daten unrechtmäßig verarbeitet werden, die betroffene Person aber statt der Löschung die Einschränkung der Verarbeitung verlangt;
 - wenn die betroffene Person die Daten zur Geltendmachung oder Ausübung von Rechtsansprüchen oder zur Verteidigung gegen solche benötigt und deshalb nicht gelöscht werden können, oder
 - wenn bei einem Widerspruch nach Art. 21 Abs. 1 DS-GVO noch nicht feststeht, ob die berechtigten Interessen der Verantwortlichen gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen.
- Recht auf Widerspruch nach Art. 21 DS-GVO gegen die Verarbeitung personenbezogener Daten aus persönlichen Gründen, soweit kein zwingendes öffentliches Interesse an der Verarbeitung besteht, das die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person

überwiegt, oder die Verarbeitung der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen dient.

12. Beschwerderecht

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde beim Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz (55116 Mainz, Hintere Bleiche 34, Tel.: 06131/2082449, Mail: poststelle@datenschutz.rlp.de), wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden.

Stand der Information: Oktober 2019